

Dekan Unsin ordnet ein, was der Papst zum Klimawandel zu sagen hat

Seite C 1

Winnender Zeitung

www.winnender-zeitung.de

aboPLUS⁺
Leserzeitung

Heute mit **Kinogutschein**

Im Wert von 2,50 Euro
Gutschein im Innenteil dieser Ausgabe.

Zeitungsv. Waiblingen E 5759 Dienstag, 8. Dezember 2015 165. Jahrgang Nr. 284 1,60 Euro

Leutenbach

Beim „Gospel train“ soll die Polonaise durch die Halle rollen

Wann englisch, wann deutsch? Probe zum Konzert „Gleis 7“

Seite B 3

Schwaikheim

Ja zu Neubau eingangs der Dammstraße

Bauantrag für das Areal des ehemaligen Getränkemarkts

Seite B 3

Rems-Murr

Mitmachen ist für Jugendliche Ehrensache

Jugendliche arbeiten und spenden das Geld für einen guten Zweck

Seite C 3

Rems-Murr

Hilfe für ganz Junge, die psychische Probleme haben

Die Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Klinikum Schloss Winnenden ist jetzt in Betrieb. Bis Weihnachten werden alle zehn Plätze belegt sein. Im Schnitt dauert die Behandlung in der Tagesklinik ein Vierteljahr.

Seite C 1



Oberarzt Diessner, Chefärztin Klein und Geschäftsführer Fliß. Bild: Schneider

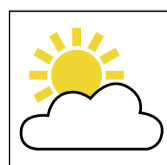
Wir sind für Sie da

Aboservice (071 51) 566-444 aboservice@zvw.de
Anzeigen (071 51) 566-411 anzeigen@zvw.de
Redaktion (0 71 95) 69 06 - 49 winnenden@zvw.de
Lokal (0 71 51) 566 - 275 kreis@zvw.de
Kreis (0 71 51) 566 - 262 sport@zvw.de
Sport

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
10 886,09 Pkt. + 133,99 Pkt.	3360,21 Pkt. + 29,46 Pkt.	1,0806 Dollar + 0,89 Cent

Wetter



Mittags 9°
Nachts 2°
Örtliche Nebelfelder, verbreitet freundlich



Winnender Ärztin mit magischem Nebenjob



Dr. Cindy Keller ist Ärztin in einer Winnender Praxis – und Assistentin des Magiers Julius Frack. Ihre Shows sind weltbekannt und mit Preisen ausgezeichnet. 2009 gewannen sie in Peking den Titel der Weltmeisterschaft der Großillusion. Das Ballett brachte die 33-Jährige, die in Winnenden, Korb und Stuttgart ausgebildet wurde, mit dem Magier zusammen. Foto: Büttner

Oberste Richter verhandeln über NPD-Verbot

Bundesverfassungsgericht eröffnet Hauptsacheverfahren Anfang März

KARLSRUHE (rtr). Ein Verbot der rechtsextremen NPD ist wahrscheinlicher geworden. Im NPD-Verbotsverfahren kündigte das Bundesverfassungsgericht am Montag die Eröffnung des Hauptsacheverfahrens mit drei Verhandlungsterminen an. Die mündliche Verhandlung über den Verbotsantrag des Bundesrats setzte das Gericht in seinem Beschluss auf den 1., 2. und 3. März fest.

Mit der Einleitung des Hauptsacheverfahrens steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die rechtsextreme Partei am Ende tatsächlich verboten wird. Denn das Verfassungsgericht hätte jetzt den Antrag des Bundesrats zurückweisen müssen, wenn es ihn als nicht ausreichend begründet oder unzulässig ansehen würde. Zuständig ist der Zweite Senat unter Vorsitz von Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle.

Der Bundesrat hatte den NPD-Verbotsantrag im Dezember 2013 eingereicht. Bundesregierung und Bundestag hatten diesmal auf einen eigenen Antrag verzichtet.

Seite 3

Kommentar

Unplausibel

Die Regierung will die Pflegeausbildung vereinheitlichen

VON NORBERT WALLET

Das Vorhaben der Bundesregierung, die Ausbildungen in den Pflegeberufen zu vereinheitlichen, hat quer durch die Zunft für Empörung gesorgt. Das passiert gelegentlich bei einschneidenden Gesetzesvorhaben und muss kein Zeichen für mangelnde Qualität sein. Allerdings schlagen die Wellen so hoch und sind die Einwände so gewichtig, dass zumindest die unangebrachte Hast gebremst werden müsste, mit der das Vorhaben nun umgesetzt werden soll.

Der Regierungsentwurf muss sehr gut begründet werden, denn der Plan, aus drei Ausbildungsgängen einen zu machen, ist jedenfalls auf den ersten Blick keineswegs plausibel. Man kann schwer argumentieren, dass die Anforderungen in der Kranken- und in der Altenpflege immer komplexer und anspruchsvoller werden – und gleichzeitig eine Einheitsausbildung schaffen, die jedem Zweig schon rein rechnerisch weniger Zeit einräumt. Das Ergebnis ist absehbar: Soll der heutige Standard gewahrt bleiben, wären Nachschulungen erforderlich, sobald ein Auszubildender seinen Schwerpunkt verlässt und etwa von der Altenpflege in die Krankenpflege wechselt. Wem aber soll damit gedient sein?

Der eigentliche Hintergrund des Plans ist das ehrenwerte Anliegen, die Altenpflege durch Um- und Aufstiegschancen attraktiver zu machen. Womöglich aber wird durch das Vorhaben der gegenteilige Effekt erzielt: Die Schwelle zur Aufnahme einer Ausbildung könnte höher werden, wenn nun zusätzlich zum Lernstoff der Altenpflege die nicht gerade einfachen Lerninhalte aus der Kranken-, gar der Kinderkrankenpflege zusätzlich beherrscht werden müssen. Bei einem Bedarf von 280 000 zusätzlichen Fachkräften in der Altenpflege bis 2030 sollte sich die Regierung eine Denkpause gönnen.

n.wallet@stn.zgs.de

Experten warnen vor einem Kollaps der Altenpflege

Bundesregierung will Ausbildung in Kranken-, Alten- und Kinderkrankenpflege zusammenfassen

Ein Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeausbildung sorgt für Aufregung bei den Verbänden der Altenpflege. Sie fürchten massive Qualitätseinbußen durch schlechtere Ausbildung.

VON NORBERT WALLET
AUS BERLIN

BERLIN. Der Altenpflege in Deutschland droht der Kollaps, wenn Pläne der Bundesregierung Wirklichkeit werden, wonach Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege zu einem einheitlichen Ausbildungsgang zusammengefasst werden sollen. Das ist nach einer Umfrage unserer Zeitung die einheitliche

che Befürchtung der Fachverbände in der Altenpflege.

Die neue Ausbildung soll nach Willen des Bundesgesundheitsministeriums „auf einen universellen Einsatz in allen allgemeinen Arbeitsfeldern der Pflege“ vorbereiten. Die Verbände der Altenpflege zweifeln massiv am Sinn des Vorhabens. „Wenn drei Berufsfelder zu einem konzentriert werden, leidet jeder einzelne Ausbildungsgang“, sagt Bernd Tews, Geschäftsführer des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste, unserer Zeitung. Es werde in der Ausbildung zu einer Konzentration auf die Krankenpflege kommen. „Die besonderen Aspekte der Langzeitpflege werden wegfallen.“

Ursula Kriesten, im Bundesvorstand des Berufsverbands für Altenpflege, fürchtet

„einen Verlust von Wissen und Können in der Altenpflege“. Der Gesetzgeber zerschlage ohne Not „in 50 Jahren gewachsene Strukturen“. Die drei Ausbildungen in einem Berufsgang führten „zu einer fraglichen Berufsfähigkeit“ der Auszubildenden.

Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, warf der Bundesregierung im Gespräch mit unserer Zeitung „ideologischen Eifer“ vor. Kranke und pflegebedürftige Menschen hätten „höchst unterschiedliche Bedürfnisse“. Dies erfordere vom Personal auch unterschiedliche Kompetenzen. Wer das vermende, „verflacht das Wissen aller zukünftigen Pflegekräfte“, sagte der Patientenschutzler.

Kommentar
Seite 2

Buh, ich bin eine Gurke!

Katzen, die vor Salatgurken erschrecken, sind im Internet der letzte Schrei. Die entsprechenden Videos bringen gerade ganze Miezhäuser zum Lachen. Aber wie fast alles, was komisch ist, sind auch solche Videos gar nicht lustig: Der Schreck könne bei den betroffenen Tieren zu Gesundheitsschäden und Verhaltensstörungen führen, warnen Tierschützer. Derweil geht die Wissenschaft der Frage nach, warum eine Katze vor einer Gurke mehr erschrickt als – sagen wir mal – vor einer Maus. Liegt es an Form und Farbe der Gurke – oder kann man die Katze auch mit einem Wirsing verkohlen?

Andere bezweifeln, dass es wirklich Gurken sind, die auf den Videos zu sehen sind. So wie die Katzen zucken, könnten es auch Zuckinis sein. (rai)



Kosten für weggeworfene Energie explodieren

Verbraucher zahlen 500 Millionen Euro für Energiesicherheit

VON WALTHER ROSENBERGER

STUTT GART. Der jahrelange Zeitverzug beim Bau wichtiger Stromtrassen von Norden nach Süden kommt die deutschen Energieverbraucher teuer zu stehen.

Nach vorläufigen Daten der Bonner Bundesnetzagentur und der deutschen Netzbetreiber summieren sich die Kosten zur Aufrechterhaltung einer sicheren Stromversorgung allein im ersten Halbjahr 2015 auf rund 500 Millionen Euro. Das ist deutlich mehr, als im kompletten Jahr 2014 anfiel. „Wir müssen damit rechnen, dass die Kosten, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten, weiter steigen“, sagte ein Sprecher der Bonner Behörde unserer Zeitung.

Das Problem entsteht, weil ein Großteil des deutschen Windstroms in Nord- und Ostdeutschland produziert wird, Leitungen nach Süden aber fehlen. Um das sensible Energiesystem in der Balance zu halten, müssen in Starkwindphasen immer mehr Windräder in Norddeutschland stillgelegt werden. Dafür erhalten die Betreiber eine Entschädigung.

Diese explodierte in den ersten sechs Monaten des Jahres auf knapp 150 Millionen Euro. Um drohende Blackouts im Stromnetz zu vermeiden, müssen zudem Kraftwerke hoch- oder heruntergeregelt werden und, im Notfall, Energie aus Nachbarländern bezogen werden. Die Kosten bezahlen die Verbraucher mit dem Strompreis.

Familienclans wandern in die Klett-Passage ab

Für regelmäßige Kontrollen und Platzverweise der Bettler fehlt den Ordnungsbehörden in Stuttgart das Personal

VON EVA FUNKE

STUTT GART. Die Familienclans aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn, die im Frühjahr und Sommer im Oberen Schlossgarten kampiert haben, sind von dort verschwunden. Das Problem ist damit jedoch noch nicht gelöst, denn sie sind mittlerweile in Unterführungen wie der Klett-Passage umgesiedelt. Dort übernachteten sie nicht nur, sondern beteten zum Teil auch aggressiv. Verboten ist beides: sowohl, wie im Schlossgarten, das

Übernachten zwischen 20 und 6 Uhr, als auch das aggressive Betteln. Also ein Betteln, bei dem Gebrechen zur Schau gestellt, Kinder oder Hunde eingesetzt und Passanten angesprochen werden. Bei Verstößen dagegen müssen die Betroffenen mit Platzverweisen rechnen. Das Ordnungsamt der Stadt und die Polizei sind bereits seit Anfang Sommer alarmiert.

Allerdings fehlt dem städtischen Ordnungsamt das Personal für permanente Kontrollen. Der städtische Vollzugsdienst

macht sogar bereits um 22 Uhr Feierabend, so dass die Kampierer im öffentlichen Raum von den städtischen Mitarbeitern nachts nichts zu befürchten haben.

Die Polizei unterstützt ihre Kollegen von der Stadt zwar. „Wir peilen regelmäßige Schwerpunkteinsätze an. Aber wir haben auch viele andere Aufgaben, so dass das nicht immer klappt“, sagt ein Sprecher der Polizei.

Er geht davon aus, dass nach den drei gemeinsamen Aktionen von Polizei und Ord-

nungsamt Ende Sommer die Zahl der Südosteuropäer in Stuttgart zurückgegangen ist, räumt aber ein, dass das auf darauf zurückzuführen sein kann, dass einige Südosteuropäer im Winter in die Heimat reisen, um dann im Frühjahr zurückzukommen.

Ein Anlauf der Stadt, die rumänischen und bulgarischen Konsulate mit in die Lösung des Problems einzubeziehen, hatte bislang nicht den gewünschten Erfolg. Die Gespräche und Aktionen sind mittlerweile eingestellt worden.